

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Heinz Westphal MdB stellt die Konzeption von Shimon Peres für Israel vor: Klare Absage an Begin.
Seite 1/2

Uwe Holtz MdB würdigt die neuen entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung: Internationale Solidarität für die 80er Jahre.
Seite 3/4

Volker Neumann MdB ist überzeugt, daß nur Verhandlungen das Leid der Kampuchea-Flüchtlinge beenden werden: "Reagieren" wir nur in Südostasien?
Seite 5

Peter Conradi MdB kritisiert die Entlassung der ÖKP-Buchhalterin Uta Stahl durch die Stuttgarter Zeitung: So wird die Verfassung Stück für Stück abgebaut.
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 128 / 9. Juli 1980

Klare Absage an Begin

Die andere Konzeption des Shimon Peres

Von Heinz Westphal MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages

Shimon Peres, der die israelische Arbeiterpartei spätestens bis zum Frühjahr des kommenden Jahres wieder in die Regierungsverantwortung seines Landes bringen will und unbezweifelbar große Chancen dafür hat, äußerte sich in diesen Tagen zu seiner Politik, die er als Regierungschef Israels beabsichtigt, um den Friedensprozeß im Nahen Osten voranzutreiben (Interview mit Ranan R. Lurie in "Die Welt" vom 5. Juli 1980).

Die deutliche Unterscheidung seiner Position von der des amtierenden Premierministers und Führers der israelischen Rechten, Menachem Begin, verdient auch bei uns Aufmerksamkeit. Es sind im wesentlichen drei Komplexe, in denen man den Unterschied festmachen kann:

1. Shimon Peres erteilt der "Groß-Israel"-Illusion Begins eine klare Absage. Die Gebiete der heutigen Westbank, die in biblischen Zeiten einmal als Judäa und Samaria jüdische Staatsteile waren und arabisch dicht besiedelt sind, können aus demographischen und moralischen Gründen nicht zum modernen Israel gehören. Peres hält es für eine historische Pflicht, den jüdischen Charakter des Staates Israel zu erhalten, und dies schließt die Beherrschung von 1,2 Millionen arabischen Palästinensern, die auf dem Westufer des Jordan leben, aus.

Begins Hintergedanke, nach fünf Jahren Autonomie für die arabische Bevölkerung des heute von Israel besetzten Gebietes dieses Gebiet dann doch dem israelischen Staatsverband einzuverleiben, wird von Peres offen entlarvt. Er stellt dem eine andere Konzeption entgegen:

2. Wenn die arabisch-palästinensischen Bewohner der Westbank (die ihre jordanischen Pässe behalten haben und nicht hergeben wollen) wegen der Furcht vor dem PLO-Terror nicht wagen können, selbst eine Entscheidung für Jordanien zu treffen, dann sollte diese Entscheidung zwischen der israelischen Regierung und dem jordanischen König vereinbart werden. Peres meint, daß die einzige harte Bedingung Israels dafür die Entmilitarisierung des Gebietes sein muß. Er ist bereit, auf dem Wege dahin Übergangslösungen - er spricht von "shared government" - zu vereinbaren.

Printed in Germany
with a minimum of chlorine
recycling paper



Vorstellungen dieser Art kommen bei Begin nicht vor. Und wer bei uns meint, die jordanische Lösung sei unrealistisch, weil König Hussein sich seit Jahren heraushält oder weil die PLO dies nicht hinnehmen wird, der muß nachweisen, daß andere Lösungen realistischer sind. Israel wird einen reinen PLO-Staat zwischen sich und Jordanien nicht akzeptieren. Es befürchtet wohl nicht zu Unrecht, daß ein so gearteter Staat wegen seines Mangels an wirtschaftlicher Lebensfähigkeit und der Radikalität seiner Führung (mit "Groß-Palästina"-Vorstellungen vom ersten Tage an) Irredenta-Charakter haben würde und der Stellplatz sowjetischer Waffen werden könnte.

- Es ist interessant anzumerken, daß Peres für den Fall einer jordanischen Lösung der Palästinenser-Frage die PLO zu einem innerarabischen Problem werden sieht, das Israel nicht mehr in demselben Maße wie bisher berührt.

3. Peres beabsichtigt eine Änderung der Siedlungspolitik. Er weiß, wie sehr Begin Unterstützung von Siedlungsaktionen rechtsradikaler israelischer Organisationen dem jüdischen Staat Sympathien in der Welt gekostet haben. Entschieden sagt er: "Wir werden weitere Siedlungen in den dichtbewohnten arabischen Gebieten unterbinden, weil wir sie nicht in Israel zu inkorporieren gedenken." Wer allerdings aus weiter Ferne, vom sicheren Port aus, die Einhaltung einer "reinen Lehre" empfiehlt, die das Siedeln außerhalb der eigenen Staatsgrenzen verbietet, hat Peres nicht auf seiner Seite. Er wird eher von Peres zum Nachdenken gezwungen, wie man eine solche "reine Lehre" denn begründen will, wenn es doch nun schon seit Jahrzehnten innerhalb der israelischen Grenzen sich nicht schlecht entwickelnde und die Vorteile der israelischen Sozialleistungen in Anspruch nehmende arabische Siedlungen in beachtlicher Zahl gibt. Peres' Konsequenz ist es, die bestehenden jüdischen Siedlungen auf der Westbank nicht anzurühren, weil er nichts dabei findet, daß jüdische Siedlungen unter nicht-jüdischer Souveränität existieren.

- Es gehört allerdings ein hohes Maß an Optimismus dazu, zu erwarten, daß jüdische Siedlungen im arabischen Gebiet im Zuge eines sicher langwierigen Friedensprozesses ihre Konflikträchtigkeit verlieren.

Prüft man nach diesen Aussagen des Spitzenmannes der israelischen Arbeiterpartei, welche Chancen sich für den Friedensprozeß in Nahost ergeben, dann liegt auf der Hand, daß seine Position für die arabischen Konfrontationsstaaten, die nicht nur Israel, sondern auch Ägypten wegen seiner Friedensbemühungen bekämpfen, unbefriedigend ist, solange sie die radikalen PLO-Organisationen für sich sprechen lassen. Aber die Prüfung zeigt auch, daß die Position von Shimon Peres in der Lage ist, die zur Zeit festgefahrenen Verhandlungen mit Ägypten auf der Camp-David-Basis wieder in Bewegung zu bringen und das heißt, den bisher einzig realistischen Weg in Richtung auf Frieden in dieser Region weiterzuentwickeln. Es wäre nicht schlecht, wenn der Westen daraus zwei Konsequenzen ziehen würde, nämlich:

1. Geduld zu haben, bis das israelische Volk sich durch Wahlen Shimon Peres zum Premierminister und Verhandlungspartner Sadats holt, und
2. ein wenig mehr Anstrengung und diplomatisches Geschick darauf zu verwenden, den jordanischen König Hussein an den Verhandlungstisch zu bringen.

(-/9.7.1980/hi/ca)

+ + +



Für die 80er Jahre gerüstet

Die neuen entwicklungspolitischen Grundlinien gründen auf dem Prinzip
der internationalen Solidarität

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Mit ihren neuen "entwicklungspolitischen Grundlinien" ist die Bundesregierung gut für die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt in den 80er Jahren gerüstet. Für die Bundesregierung gründet sich die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf den Gedanken des Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd und auf das Prinzip der internationalen Solidarität. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit dient der langfristigen Friedenssicherung. Zentraler Ausgangspunkt ist die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Damit folgt die Bundesregierung der Philosophie des Berichts der Brandt-Kommission. Die meisten Empfehlungen dieses Berichts sind in den Grundlinien berücksichtigt und umgesetzt. Manche Empfehlungen erscheinen der Bundesregierung nicht geeignet, die damit genährten Erwartungen zu erfüllen, wie zum Beispiel einige Vorschläge zur Neugestaltung des internationalen Währungssystems.

Die Bundesregierung geht zu Recht von der Auffassung aus, daß "Entwicklung" nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Ländern der Dritten Welt fördern soll, sondern daß Entwicklung auch kulturelle, zivilisatorische und ökologische Aspekte mit einschließt. Der Beitrag durch die von außen geleistete Entwicklungshilfe wird nicht überschätzt: Entwicklungspolitik ist vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Verstärkte Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer sind notwendig. Die Verbesserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stellt eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Dritten Welt dar. Die Grundlinien zeichnen sich auch dadurch aus, daß sie die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Länder der Dritten Welt berücksichtigen und ein differenziertes Instrumentarium der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit bereithalten. So mag sich bei Schwellenländern eine stärkere Integration in den Weltmarkt empfehlen, weniger entwickelte Länder hoffen auf die Förderung der regionalen Zusammenarbeit untereinander.

Die Bekämpfung der absoluten Armut und Hilfe bei der Grundbedürfnisbefriedigung stehen bei den Ärmsten im Vordergrund. Den schon Entwickelteren dienen vor allem Maßnahmen im Handels- und Wirtschaftsbereich. Der Notsituation vieler Länder entspricht die Prioritätensetzung in drei Förderbereichen: Der Anteil von Projekten der ländlichen Entwicklung, der Energie und des Schutzes der natürlichen Ressourcen an der gesamten bilateralen Zusammenarbeit soll erhöht werden. Zu begrüßen ist, daß die Bundesregierung



überwägigen Bürokratisierungen, Doppelarbeiten und institutionellen Wucherungen in den UN-Organisationen entgegentreten will und sich für eine sparsame, sinn- und wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit einsetzt. Dies ist auch umso nötiger, als die finanziellen Mittel wohl nicht so rasch wie wünschbar auf eine Höhe von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts gesteigert werden können. Immerhin heißt es aber in den Grundlinien, die Bundesregierung werde sich bemühen, den Anteil ihrer öffentlichen Leistungen am Bruttosozialprodukt im Laufe der 80er Jahre rasch und erheblich zu steigern.

Im Gegensatz zu den Nord-Süd-Thesen der CDU atmen die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung weder dogmatische Enge noch Kalten-Krieger-Geist. In begrüßenswerter Deutlichkeit wendet sich die Bundesregierung gegen hegemoniale Bestrebungen und gegen die Errichtung von Einflußzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt. Sie will die Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit der Entwicklungsländer stärken. Sie will den Partnerländern nicht politische und gesellschafts- oder wirtschaftspolitische Vorstellungen aufdrängen, unterstützt aber bewußt demokratische und reformerische Regierungen und achtet auf die Verwirklichung der bürgerlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in den Entwicklungsländern. Ebenso ist sie bereit, solche Aktivitäten von Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die auf eine friedliche und demokratische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts abzielen.

Die Bundesregierung will sich aktiv für internationale Vereinbarungen über angemessene Arbeits- und Sozialbedingungen in den Entwicklungsländern und für wirksame Verhaltensempfehlungen für die Tätigkeit transnationaler Unternehmen einsetzen, die zum Ziel haben sollen, deren positive Wirkungen zu stärken und den negativen Erscheinungen entgegenzuwirken.

Mit diesen "entwicklungspolitischen Grundlinien" verfügen die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit über eine zukunftsgerichtete Konzeption der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Die SPD erwartet, daß die Bundesregierung in den kommenden Jahren im Sinne dieser Grundlinien eine aktive Rolle im Nord-Süd-Dialog spielt und so stärker als bisher zur Lösung der internationalen sozialen Frage unserer Zeit beiträgt.

(-/9.7.1980/bgy/ca)

+ + +



"Reagieren" wir nur in Südostasien ?

Nur Verhandlungen beenden das Leid der Kampuchea-Flüchtlinge

Von Volker Neumann MdB

Mitglied des Unterausschusses "Humanitäre Hilfe" des Deutschen Bundestages

Der thailändische Ministerpräsident Prem Tinsulanond hat abermals die Hilfe der Welt für die von Hunger bedrohten Menschen in Kampuchea und die Flüchtlinge im Grenzgebiet erbeten. Dieses dürfte mehr als ein Hilferuf sein nach materieller Unterstützung. Ministerpräsident Prem wollte wohl die Weltöffentlichkeit auf die sich zuspitzende Lage aufmerksam machen und hat dabei die Situation der Flüchtlinge als Vehikel benutzt. Tatsächlich sind wohl Tausende von Menschen bei den militärischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet umgekommen, wobei klar sein muß, daß nicht genau festliegt, wo die Grenze zwischen Thailand und Kampuchea verläuft.

Die vom Hohen Flüchtlingskommissar geplante Repatriierung der Flüchtlinge nach Kampuchea hatte zu diesen Auseinandersetzungen geführt, weil Vietnam und deren Verbündeter Heng Samrin in Phnom Penh wohl nicht ganz zu Unrecht fürchteten, ein Teil der Flüchtlinge werde die Roten Khmer des Khieu Sampan stärken. Natürlich rechtfertigt dieses keinesfalls einen militärischen Angriff auf die Flüchtlingslager und die thailändischen Grenzstationen, doch darf auf der anderen Seite nicht verschwiegen werden, daß auch die manchmal mit sanftem Druck vollzogene Repatriierung in ein Bürgerkriegsland nicht vorbehaltlos gebilligt werden kann.

Wenn wir den Gang der Dinge nunmehr wieder abwarten, werden noch mehr Menschen umkommen, in militärischen Auseinandersetzungen oder durch den Hunger in Kampuchea.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dem Wunsch der ASEAN Staaten folgend bei seiner Tischrede in Moskau auf das Problem hingewiesen und auf die Leiden der Millionen Menschen als Folge des Vietnamkrieges. Wie ASEAN hat der Kanzler darauf hingewiesen, daß nur eine friedliche Lösung die regionale Sicherheit gewährleistet und dieses eine Aufgabe sei, die auch in den Verantwortungsbereich der UdSSR gehört. Die Bundesrepublik hat damit im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag geleistet, den bedrohten Staaten Südostasiens beizustehen. Dieses ist vielleicht mehr als die unaufgeforderte abgegebene Garantierklärung für die Sicherheit Thailands durch die VR China.

Bei allem Verständnis für die Waffenlieferungen der USA nach Thailand kann die Sicherheit dieses Landes und der Region kaum militärisch durch die Übersendung von 1.000 Gewehren und 38 Panzerabwehrgeschützen gewährleistet werden. Allein eine politische Lösung nach Verhandlungen aller am Konflikt beteiligten Staaten unter Einschluß der UdSSR und China kann den Frieden in Südostasien herstellen, und das Leiden von Millionen Menschen beenden.

(-/9.7.1980/vn-he/ca)



So wird die Verfassung Stück für Stück abgebaut!

Zur Entlassung der DKP-Buchhalterin Uta Stahl durch die Stuttgarter Zeitung

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuß

Die Stuttgarter Zeitung hat die Buchhalterin Uta Stahl entlassen, weil sie bei der Gemeinderatswahl 1980 in Stuttgart auf der Liste der DKP kandidiert hat. Damit wird die Praxis der Berufsverbote vom staatlichen in den nicht-öffentlichen Bereich ausgedehnt. Warum auch nicht? Wenn eine Kommunistin nicht Briefträgerin bei der Post oder Schalterbeamtin bei der Bahn sein darf, warum soll eine Kommunistin Buchhalterin bei einer Zeitung sein dürfen?

In Artikel 3 unserer Verfassung steht in Absatz 3 "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden"; aber diesen Satz hat das Bundesverfassungsgericht schon mit seinem unseligen "Extremisten-Beschluß" für den öffentlichen Dienst außer Kraft gesetzt und verfügt, daß die aus der Kaiserzeit und der NS-Zeit "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" Vorrang vor den Grundrechten haben.

Die Bundesregierung, voran der FDP-Innenminister, hat es zugelassen, daß Bundesdisziplinaranwalt und Bundesdisziplinargericht diese absurde Auffassung weiter festklopfen. Nun geht es in der "freien" Wirtschaft los. Auch dort soll nur noch arbeiten, wer keiner "verfassungsfeindlichen" Partei angehört. Und wer "verfassungsfeindlich" ist, bestimmen wir - Bundesdisziplinaranwalt, Verfassungsschutz, FAZ, Bayernkurier und so weiter.

Wenn diese Praxis gründlich zu Ende geführt wird - und an Gründlichkeit sind Deutsche kaum zu übertreffen - dann wird daraus am Schluß ein generelles Arbeitsverbot für Kommunisten. Man könnte Ihnen dann noch das Recht auf Arbeitslosengeld und Sozialhilfe streichen - sollen sie doch in die DDR gehen! Schließlich machen UdSSR, DDR und CSSR das mit ihren Dissidenten genau so. Ärgerlich ist nur, daß es so viel Zeit und Arbeit kostet, die Kommunisten überall aufzuspüren und aus ihrer Arbeit zu vertreiben. Man sollte überlegen, ob es nicht einfacher wäre, ihnen durch Gesetz das sichtbare Tragen eines roten Sowjetsterns vorzuschreiben. Das würde die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Personalbüros sicher vereinfachen.

(-/9.7.1980/hi/ca)

